

tieft und gefestigt worden. Auch unser gemeinsames Interesse an der polnisch-deutschen Versöhnung ist bei vielen dasselbe geblieben. Heute ist so mancher von unseren damaligen Bekannten zusammen in der Arbeit der internationalen, aber nach polnischem Recht gegründeten, Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung engagiert. Die Mehrheit ihrer Gremien bilden Polen und Deutsche, eben viele alte Bekannte.

Die zweiten – in diesem Sommer konnten wir zusammen 25 Jahre unserer Freundschaft feiern – waren BRD-Deutsche aus dem Bensberger Kreis. Das erste von ihnen vorgelegte Papier, das aus dem Jahr 1968 stammende, durch den Briefwechsel der Bischöfe hervorgerufene Memorandum zu den deutsch-polnischen Beziehungen, hat das Fundament einer über 20 Jahre dauernden gemeinsamen Arbeit gelegt. Nachdem wir, in vielen Seminaren, unsere Meinung über die schwierigsten Probleme zwischen unseren Völkern, aber auch zu anderen, wie z. B. die Aufnahme der Ergebnisse des II. Vatikanischen Konzils oder die so unterschiedlichen Bedingungen der Ökumene in unseren beiden Ländern, aufrichtig durchdiskutiert hatten, entstand zwischen uns eine enge Verbundenheit. Diese führte zu einer, durch unsere Freunde im Jahr 1980 gestarteten, Hilfsaktion nicht nur für uns im Klub, sondern für die ganze Stadt. Das gab den gegenseitigen Beziehungen einen ganz neuen Impuls. Durch eine insgesamt 47 polnische und über 50 deutsche Gemeinden umfassende Partnerschaft der Kirchengemeinden, die jetzt schon 15 Jahre andauert, sind unzählige neue Begegnungen, Bekanntschaften und – endlich – auch Freundschaften entstanden. Bei den gegenseitigen Besuchen wohnt man in Privatwohnungen der Gastgeber und lernt sich besser kennen. Das sichtbare Resultat dessen ist, daß dank eben dieser Erfahrungen so mancher Pole, oft mit Verwunderung, konstatieren mußte, daß es auch andere Deutsche gibt als die bösen, die er in Erinnerung hat oder aus Erzählungen kennt. Und so mancher Deutsche mußte mit gleicher Verwunderung feststellen, daß die Klischees über Polen (ich will nicht Polacken sagen) einfach ganz und gar falsch sind. Die rein materielle Hilfe, die nach Breslau kam, ist im Laufe der letzten Jahre zur Hilfe zur Selbsthilfe im Rahmen einer polnisch-deutschen Stiftung umgestaltet worden.

Beide von mir genannten Stiftungen, deren Tätigkeit ich persönlich kenne, sind Beispiele guter und erfolgreicher Zusammenarbeit von Polen und Deutschen. Und das ist der richtige Weg der Versöhnung. Einer, der nicht von den Politikern angeordnet und von den einfachen Menschen nicht mitgetragen wird, sondern einer, der sich selbst, von unten, aus eigener Erfahrung und nach eigenem Willen, bildet. Meiner Meinung und Erfahrung nach ist das der richtige Weg, den wir, Polen und Deutsche, gemeinsam gehen müssen, damit unsere Bemühungen wirkliche Resultate bringen und die alte, eingefahrene Feindschaft zwischen unseren Völkern sich endlich einem Ende nähern kann.

Vladimír Jukl

Ökumenismus in der Slowakei

Von der Schwierigkeit, sich zu versöhnen

Die Geschichte der Kirchen in der Slowakei, insbesondere seit Beginn der totalitären kommunistischen Herrschaft, macht es verständlich, daß und warum es für diese Kirchen – trotz verschiedener Formen ökumenischer Zusammenarbeit – so schwierig ist, sich zu versöhnen. Der Autor bittet seine Landsleute, nicht zu verzagen und immer wieder kleine Schritte der Versöhnung zu gehen. red

Die Slowakei ist durch ihre geographische Lage und ihre Geschichte sozusagen verurteilt, eine wichtigere Aufgabe im Ökumenismus zu spielen, als sie bisher ausübt. Besonders auf dem Gebiet der Beziehung zu den Christen im Osten könnte die slowakische katholische Kirche etwas außerordentlich Wertvolles anbieten, weil in der Slowakei nebeneinander und gemischt römische Katholiken, griechische Katholiken, Lutheraner und Orthodoxe leben.

Die Zeit des großen Aufstieges des Ökumenismus in der Welt – die Jahre während und nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil – war für uns die Epoche der harten totalitären Herrschaft. Das atheistische Regime hatte kein Interesse an der Vereinigung der

Christen; im Gegenteil: es bemühte sich um eine Zersplitterung. Deshalb erlaubte es keine ökumenischen Aktivitäten. Im Sinne des Prinzips „Divide et impera“ unterstützte das Regime eher kleine Kirchen, besonders auch in ihrem proselytischen Eifer gegen die größte – die römisch-katholische – Kirche.

Das war besonders im Umgang mit den griechischen Katholiken zu sehen: Mit Hilfe seiner Leute organisierte das Regime im Jahr 1950 die „Heimkehr“ der griechischen Katholiken in ihre „Mutterkirche“ – die orthodoxe Kirche („Aktion P“).

Diejenigen griechisch-katholischen Priester, die aus Existenzgründen dem Druck unterlagen und zur Orthodoxie übertraten, konnten die Strukturen der griechisch-katholischen Kirche beibehalten. Sie durften (mit ihren Familien) in den Pfarreien bleiben, mußten aber orthodoxe Gottesdienste feiern. Scheinbar hat sich dabei nichts geändert; nur anstatt des Gebetes für den Papst wurde das Gebet für den orthodoxen Patriarchen gesprochen. Jene griechisch-katholischen Priester, die nicht zur Orthodoxie übertreten wollten, mußten ihre Pfarrhäuser räumen und wurden mit ihren Familien (meistens) in das tschechische Grenzgebiet übersiedelt; die Gottesdienste wurden von in Eile zum Priestertum geschulden Leuten, z. B. von atheistischen Lehrern oder anderen von der kommunistischen Partei beauftragten Leuten übernommen. Als nach der „sanften Revolution“ ein Gesetz erlassen wurde, nach welchem das Eigentum der Kirchen und der Pfarrgebäude an die griechisch-katholische Kirche zurückfiel, hielten die Orthodoxen dies für Unrecht. Manchmal gelang es nur durch ein Urteil der Gerichte, daß die griechischen Katholiken ihr Eigentum zurückbekamen. Daraus kann man begreifen, daß und warum es zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche noch immer eine Spannung gibt, die einen aufrichtigen ökumenischen Dialog verhindert.

Diese negative Einstellung offenbarte sich auch während des Besuches des Papstes in der Slowakei im Jahre 1995. Die zum päpstlichen Gottesdienst in Prešov (Zentrum der griechisch-katholischen und der orthodoxen) eingeladenen orthodoxen Bischöfe nahmen diese Einladung nicht an. (Einige Professoren der orthodoxen theologischen Fakultät nahmen aber an der Feier teil.)

Die evangelische Kirche Augsburgischer Bekenntnisses ist in der Slowakei die zweitgrößte Kirche. Sie entstand im 16. Jahrhundert – sehr bald nach der lutherischen Reformation. Obwohl in einigen Etappen der Habsburger Herrschaft die evangelischen Christen verfolgt wurden, konnte die evangelische Kirche weiter existieren, und es gehörten zu ihr manche hervorragende Repräsentanten des slowakischen Volkes und seiner Kultur.

Die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche AB sind gut, aber sie könnten und sollten noch vertieft werden. Papst Johannes Paul II. machte während seines Besuches bei uns im Jahre 1995 eine bedeutende Geste: Er hielt in der Stadt Prešov an und betete eine Weile bei der Gedächtnistafel der protestantischen Opfer einer Verfolgung durch Katholiken (sogenannte Prešover Schlachtbank), und in seiner Ansprache betonte er, daß die katholische Kirche auch Märtyrer aus anderen christlichen Kirchen ehrt. Diese Tat des Papstes rief eine sehr positive Reaktion in der Führung der slowakischen evangelischen Kirche AB hervor.

Es ist unmöglich, hier ausführlicher alle ökumenischen Aktivitäten zu beschreiben. Doch möchte ich eine Ausnahme machen und über die ökumenische Zusammenarbeit der slowakischen Frauen etwas mehr referieren.

Mit einer regelmäßigen ökumenischen Zusammenarbeit der christlichen Frauen in der Slowakei wurde erst im Jahre 1990 begonnen. Bis dahin wurden die katholischen Frauen nur als Einzelpersonen, nicht als Repräsentantinnen ihrer Kirche, zum Weltgebetstag (WGT)-Gottesdienst eingeladen. Das ist nur aus dem Druck erklärbar, den die totalitäre Herrschaft ausübte, denn die slowakischen katholischen Missionsschwwestern z. B. in Thailand konnten ohne Einschränkung am WGT-Gottesdienst teilnehmen.

Im Jahre 1990 haben sich die katholischen Frauen in der Slowakei nach einer Aufmunterung und mit Unterstützung der österreichischen Frauen – hier wäre mit Dankbarkeit Frau Oberin Christine Gleixner zu nennen – zur Mitarbeit beim Weltgebetstag der Frauen gemeldet, und sie waren so aktiv, daß es schon zu WGT-Gottesdiensten in einer katholischen Kirche gekommen ist – bisher allerdings nur in Bratislava. (Die meisten der etwa 160 Gottesdienste zum WGT werden in

den Kirchen der evangelischen Kirche AB veranstaltet, leider bisher nur mit geringer Teilnahme von katholischer Seite.) Es wird mit Einverständnis der kirchlichen Obrigkeit gearbeitet. Zwei katholische Frauen – M. Marsinová und E. Klepáčová – wurden in das slowakische Nationalkomitee aufgenommen. Hier arbeiten acht christliche Kirchen und Denominationen zusammen. Dieses Komitee kommt zum Gebet und zur Vorbereitung des Gottesdienstes für das nächste Jahr monatlich zusammen: Die Texte werden aus dem englischen Original übersetzt, und es wird überlegt, wie man sie für unsere Verhältnisse adaptieren könnte, damit sie den Betenden bei uns möglichst viel bieten.* Am Anfang der katholischen Mitarbeit beim WGT wurde ein Vorbereitungstreffen veranstaltet, in dem erklärt wurde, wie auch ein Wortgottesdienst außer der Messe mit den ökumenischen Bemühungen des Papstes und der ganzen katholischen Kirche in Einklang steht.

Da in der Slowakei nur ein kleines und junges Komitee besteht, sind auch die Erträge seiner Sammlungen nur gering, für die Dritte Welt fast wertlos. Deswegen werden heimische Sozialprojekte unterstützt, z. B. Bewegung für die Rettung des ungeborenen Lebens.

Von den ökumenisch gesinnten katholischen Frauen kommen auch die Übersetzungen des Ökumenischen Direktoriums und ein Teil des slowakischen Dokumentes für Graz.

Andere ökumenische Aktivitäten erwähne ich nur in Stichworten:

- Gebetswoche der evangelischen Allianz (erste Woche im Jänner);
- Weltgebetswoche für die Einheit der Christen (18.–25. Jänner);
- alljährliches ökumenisches Treffen der Theologiestudenten aus allen christlichen Fakultäten der Slowakei und von Tschechien;
- Marsch für Jesus;
- Konzerte des Lobes (Preisen);
- Pax Christi;
- ökumenische Seelsorge für Häftlinge;
- Zusammenarbeit der christlichen kirchlichen Schulen;

*Vgl. dazu den Beitrag: *Ulrike Bechmann*, Der Weltgebetstag der Frauen – Praxis interkonfessioneller Arbeit, in: *Diakonia* 25 (1994) 125–130.

– ökumenische Übersetzung der Hl. Schrift (Bisher erschienen das Neue Testament und der Psalter; an der ökumenischen Übersetzung des gesamten Alten Testaments wird gearbeitet.);

- Zusammenarbeit in der ökumenischen Gesellschaft für das Studium der Sekten;
- während des „Prager Frühlings“ 1968 (und noch bis 1970): Zusammenarbeit im Rahmen der Caritas und gegenseitige Teilnahme an Gottesdiensten (was seinen Ursprung im Gefängnis hatte: Bischof Korec und der Jesuit Jan Dieška mit den evangelischen Pfarrern Juráš und Madarás);
- Zusammenarbeit im Rahmen der Gesellschaft der heiligen Brüder Cyrill und Methodius, besonders Organisation der gemeinsamen cyrillo-methodianischen Feierlichkeiten;
- Zusammenarbeit in der Bewegung Pro life für die Rettung der ungeborenen Kinder;
- Zusammenarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen der Slowakei (die katholische Kirche ist als Beobachter tätig) usw.

Als im Jahre 1990 die Bischofskonferenz der Slowakei gebildet wurde, wurde gleich eine Kommission für Ökumenismus gegründet, die der Bischof von Rožnava, Mons. Eduard Kojnok, drei Jahre lang leitete. Im Jahre 1993, bei einer Reorganisation der Bischofskonferenz der Slowakei, wurde der Auxiliarbischof von Spiš (Zips), Mons. Andrej Imrich, zum neuen Präsidenten der Kommission für die Förderung der Einheit der Christen (nach dem Muster des päpstlichen Rates) gewählt. Der Autor dieses Beitrages ist Mitglied dieser Kommission.

Nach diesem kurzen Überblick über die Geschichte der Ökumene in der Slowakei und über die zaghafte Bemühungen um ökumenische Zusammenarbeit kann ich etwa folgendes sagen:

In allen christlichen Kirchen der Slowakei gibt es Personen und Gruppen, die aus der Einstellung heraus denken und handeln, daß sich „die anderen, nicht wir“ um Versöhnung bemühen sollen. Aber ebenso gibt es überall (auch in unserer katholischen Kirche) Leute, die schmerzhaft die Absenz einer größeren Versöhnung erleben, die sich nach ihr sehnen, sich miteinander treffen und beten. In unserer römisch-katholischen Kirche erwarte ich z. B. gute Früchte (in fünf bis zehn Jahren?) vom oben erwähnten alljährli-

chen Treffen der Theologiestudenten aus mehreren christlichen Kirchen von Tschechien und der Slowakei und von der Einführung des Unterrichts-Gegenstandes „Ökumenismus“ in den Studienplan unserer theologischen Fakultäten. Es geht jetzt darum, nicht vor den Schwierigkeiten zurückzuschrecken, sondern weitere – wenngleich inoffizielle – kleine Schritte zur Versöhnung zu tun in der Überzeugung, daß sie nicht vergebens sind, daß wegen der Gebete einer Menge unbekannter „kleiner Leute“ der Herr uns zum Ziel hinführen wird, daß wir einmal „alle eins sein werden“.

Sean O’Leary

Zwischen den Zielen und der Realität

Die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ in Südafrika

Das Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen und anderen Verbrechen in der Zeit der Apartheid in Südafrika (1960–1993) ist so groß und der Weg der Versöhnung zwischen der schwarzen Mehrheitsbevölkerung und der weißen Minderheit so schwierig, daß unter Präsident Mandela ein – schon vorher in Lateinamerika gemachter – Versuch einer „Vergangenheitsbewältigung“ begonnen wurde, der allerdings den Opfern eine fast übermenschliche Versöhnungsbereitschaft abverlangt. Im folgenden werden die bisherigen Erfahrungen der unter der Leitung von Erzbischof Desmond Tutu stehenden Kommission zusammengefaßt. red

Die Ideale der Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Truth and Reconciliation Commission – TRC) sind edel. Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß die Natur, die Ursache und das Ausmaß der groben Verletzungen der Menschenrechte, die im Zeitraum vom 1. März 1960 bis zum 5. Dezember 1993 begangen wurden, erforscht werden und ein möglichst vollständiges Bild davon dargestellt wird. Die Betonung liegt auf „möglichst vollständige Darstellung“, denn es ist inzwischen offenkundig, daß die TRC in der ihr zur Verfügung stehenden Zeit von 18–24 Monaten nur die Oberfläche der unzähligen

Menschenrechtsverletzungen, die in jener Zeit geschehen sind, wird aufdecken können. Was wir in wenigen Monaten bisher erlebt haben, waren öffentliche Anhörungen, die einen Einblick geben in die Qualen und Traumata unzähliger Südafrikaner. Dennoch bieten sie nur einen begrenzten Eindruck, da es praktisch undenkbar erscheint, daß jeder, der eine Geschichte zu erzählen hat, auch gehört werden wird. Tatsächlich werden die meisten nicht gehört werden, und das Äußerste, worauf die Opfer hoffen können, ist, daß ihre Geschichte protokolliert wird und in den Annalen der TRC einen Platz findet.

Doch diese Anhörungen haben durchaus eine positive Seite. Sie werden außerordentlich gut in den nationalen Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen kommentiert. Der vollständige Horror der Auswirkungen der Apartheid wird täglich der Öffentlichkeit vor Augen geführt. Der Schock, den diese Geschichten im Durchschnitts-Südafrikaner auslösen, konfrontiert sie mit den Schrecken ihrer Vergangenheit; sie erzeugen darüber hinaus jetzt aber schon eine lähmende Wirkung – ähnlich dem Gefühl, das man hat, wenn man eine schockierende persönliche Nachricht erhält. Die Nation trauert, und das ist gut so, da wir über Nacht vom Kampf in die Euphorie überwechselten, als Nelson Mandela im Februar 1990 freigelassen wurde. Was nun passiert, ist, daß das Land mit seiner Vergangenheit konfrontiert wird, so schrecklich das ist, und zum ersten Mal beginnt, diese Vergangenheit zur Ruhe zu bringen.

Die Aufgabe der TRC ist es nicht nur, die Geschichten der Opfer anzuhören, es ist auch ihre Aufgabe, jenen Personen Amnestie zu garantieren, die alles offenlegen, was in Verbindung steht mit aus einem politischen Motiv begangenen Handlungen, die im Verlauf der Konflikte in dem besagten Zeitraum gesetzt wurden. In der Tat ist diese Amnestie-Klausel im Gesetz bei weitem der kontroversiellste Punkt. Die National Party (die ehemalige Regierungspartei) war nicht bereit, der Interims-Verfassung, die am 5. Dezember 1993 in Kraft getreten ist, zuzustimmen, wenn nicht Vorsorge getroffen würde, daß jenen Amnestie garantiert würde, die die Menschenrechte verletzt haben. Es ist klar, daß die Gesetzgebung die Täter favorisiert